

2. Beilage

zu Nr. 36 des Amts- u. Wochenblattes für Wilsdruff.

Freitag, den 5. Mai 1882.

Tagesgeschichte.

Die „Kr.-Ztg.“ berichtet: „Wie in Abgeordnetenkreisen erzählt wurde, hat der Reichskanzler Fürst Bismarck hierher melden lassen, er würde an der ersten Lesung der Tabakmonopolvorlage im Reichstage sich betheiligen, bis dahin aber noch in Friedrichsruhe bleiben.“

Zur Börsensteuer macht der konservative „Reichsbote“ folgenden Vorschlag: „Jedes Börsengeschäft — nicht den Schlussschein darüber — mit einer prozentualen Börsensteuer von $\frac{1}{10}$ Proz. zu belegen, die Stempeldesfranden aber nicht allein mit Geld, sondern auch mit Ehrenstrafen zu belegen und für eine ordentliche Ueberwachung der Börse nach dieser Richtung hin Sorge zu tragen.“

Die badische zweite Kammer genehmigte mit 29 gegen 28 Stimmen einen von der katholischen Volkspartei ausgehenden Antrag auf Einführung der direkten Wahlen, trotzdem vorher der Ministerpräsident Turban eine solche Aenderung der Verfassung als für die Regierung unannehmbar erklärt hatte. Die Mehrheit bestand aus Liberalen und Demokraten. Hingegen wurde ein von den Mitgliedern der katholischen Volkspartei Röttinger und Genossen gestellter Antrag auf Aufhebung der Kreisverfassung abgelehnt.

Dr. Luther hat seine berühmten Thesen s. Z. an die Thüre der Schlosskirche in Wittenberg angeschlagen und von da gingen sie in fliegenden Blättern durch alle Welt. Heutzutage schickt man sie so gleich an die Zeitungen. Die Thesen der Thüringer kirchlichen Konferenz in Eisenach, von dem Superint. Rathmann-Langenfalza aufgestellt, galten dem apostolischen Glaubensbekenntniß und sprachen sich für dessen unverkürzte Geltung in der evangelischen Kirche aus, namentlich für Taufe und Konfirmation. Die Konferenz erklärte sich einmüthig damit einverstanden und gegen jede Verkürzung und Schwäherung im kirchlichen Gebrauch; jedem Versuch, den Gebrauch dem Geistlichen oder der Gemeinde zu überlassen, sei ernstlich entgegenzutreten.

Die „B. B.-Z.“ schreibt: Der Export von deutschen Beamten scheint immer größere Dimensionen annehmen zu wollen. Japan hat schon seit lange die Vorzüge unserer Beamten erkannt und sich dieselben für seine Zwecke nutzbar zu machen gesucht. Die Türkei ist seit Kurzem gefolgt und jetzt scheint auch China diese Beispiele nachahmen zu wollen. Wir hören, daß die chinesische Regierung der hiesigen Firma Guillaume und Belten die Herstellung eines Telegraphennetzes in China übertragen und zugleich den Wunsch ausgesprochen hat, daß deutsche Beamte den Betrieb organisiren und in seinen Anfangsstadien leiten möchten. Die genannte Firma hat sich in Folge dessen mit Herrn Staatssekretär Dr. Stephan in Verbindung gesetzt und es ist sehr wahrscheinlich, daß derselbe einer Anzahl tüchtiger Telegraphenbeamten zu dem erwähnten Zwecke einen längeren Urlaub nach China ertheilen wird.

Wie dem „Erfasser Journal“ aus Kolmar gemeldet wird, haben 500 Weber aus der Fabrik Herzog in Vogelbach die Arbeit eingestellt. Im Monat April sind auf der Magdeburger Bahn 3735 Auswanderer nach Hamburg, Bremen und Rotterdam von hier aus weiter befördert worden.

Wie aus den in den letzten Tagen veröffentlichten Telegrammen hervorgeht, hat der große Strike im Duxer Kohlenrevier ungeahnte Dimensionen angenommen. Die wenigen noch zum Einfahren geneigten Arbeiter werden gewaltsam daran gehindert und wie bei früheren Gelegenheiten sind es vornehmlich die Weiber, welche mit Gewaltthätigkeiten beginnen. Sie bewerkeln die Einfahrenden mit Steinen und verfolgen sie auf dem Wege zur Beche, so daß Militärposten wiederholt einschreiten mußten. Die Bergwerksbesitzer haben in den letzten Tagen über die Schritte berathen, welche ihrerseits der Kalamität gegenüber zu thun sein würden. Sie beschloffen, die Uebermittlung der Forderungen der Arbeiter abzuwarten und die Erwidernng darauf sodann an die Behörde zu richten. Das, was man über die Forderungen der Arbeiter hört, läßt die Aussicht auf eine gütliche Einigung sehr gering erscheinen. Die Bergleute haben Versammlungen abgehalten, in welchen die Redner die Lage der Arbeiter in den grellsten Farben schilderten. Aus allen Reden ging die Absicht hervor, sich der „Brudertladen“, welche etwa unseren Knappschaftsklassen entsprechen, zu verschließen, um sich der wirtschaftlichen Bevormundung seitens der Werke zu entziehen. Außerdem fordern sie Abkürzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden, Erhöhung des Normallohnes auf ein Minimum von 1 Gulden 80 Kreuzer, Einstellung der Sonntagsarbeit, Haftpflicht des Werks bei Unglücksfällen u. Die Haltung der Arbeiter ist, obwohl bisher größere Exzesse vermieden wurden, eine so drohende, daß täglich Militärverstärkungen nach den strikenden Werken abgehen. Namentlich hat man in Osseg und Dux für ausreichende Schutzmaßregeln gesorgt, da bei der Lohnauszahlung ernste Ausschreitungen befürchtet wurden; indeß ist dieselbe ohne Störung verlaufen. Drei der bekanntesten Agitatoren sind verhaftet worden. Seit Jahren schon bestehen in dem Revier mehrere sozialistische Vereine, welche vor Kurzem aufgelöst wurden; ebenso stachelten Emissäre, welche den Bezirk als angebliche Kolporteurs durchzogen, die Arbeiter auf. Der Strike bildet eine drastische Illustration zu der bekannten Behauptung eines Wiener offiziellen Blattes, es gebe in Oesterreich keine Arbeiterfrage.

Dux, 1. Mai. Heute wurde den Arbeiterführern die mittelst Statthaltereierlasses erfolgte ministerielle Entscheidung publizirt, zufolge welcher die Umänderung der Knappschaftsklassen, Einsetzung der Berginspektoren, die Erlassung eines Haftpflichtgesetzes, sowie das gesetzliche Verbot des Ausschlusses von Arbeitern unter 16 Jahren nur auf gesetzlichem Wege zu erreichen sei, betreffs Abschaffung der Alfordarbeit, Kürzung der Arbeitszeit und Fixirung der Löhne wurden die Strikenden auf Grundlage des bürgerlichen Gesetzbuches auf das Ueberkommen der beiden betheiligten Faktoren und bezüglich der Ent-

schädigung für die Strikedauer und Strafsloshaltung nöthigenfalls auf den Rechtsweg verwiesen. Eine Vorlage wegen der Sonntagsarbeiten befindet sich bereits in geordneter Behandlung. — Eine heute stattgehabte Sitzung der Werksbesitzer unter Vorsitz des Regierungsraths Werbeller nahm diese Entscheidung entgegen und faßte den Beschluß, sämtliche Rädelsführer und Aufwiegler sofort verhaften zu lassen. — In Osseg wurden aus den Arbeitshäusern der Resonanzkolonie auf das Militär geschossen. 3 Männer und 2 Weiber wurden als verächtlich inhaftirt. Verwundet wurde Niemand, eine Waffe nicht vorgefunden.

Im Auffiger Bezirk wird mit voller Kraft gearbeitet, aufwärts von Auffig sind alle Arbeiter eingefahren. Im Franz-Josephsacht fehlen nur noch 12 Strikende. Die Behörde verhinderte eine beabsichtigte Arbeiterversammlung bei Pihanken. Alle Aufwiegler sind verhaftet, die Ruhe ist nirgends gestört worden. Kohlenmangel ist nirgends eingetreten.

Die Eröffnungsfestlichkeiten zur Einweihung des St. Gotthardtunnels, welche am 22. Mai ihren Anfang nehmen, werden, wie die „Zür. Ztg.“ schreibt, glänzend ausfallen. Mailand setzt sich in Beireitschaft, um den Gästen einen der herrlichen Stadt würdigen Empfang zu bereiten. In dem Theater der Scala wird eine Vorstellung stattfinden, wahrscheinlich das Ballet „Eccelsio“ und vielleicht noch ein Fests im Circus. Der Dom, die Galerie Victor Emanuel, der Königl. Palast werden illuminiert werden. Das Banket wird in den Sälen der öffentlichen Gärten servirt. Nach Rom wurde vom Stadtrathe der Sindaco (Stadtpräsident) Bellinzaghi abgeordnet, um den König und die Königin einzuladen, zu diesem Zwecke nach Mailand zu kommen. Wahrscheinlich wird dieser Besuch mit der Zusammenkunft mit dem Kaiser von Oestreich zusammenfallen, welche letztere in Monza stattfinden wird. Alles verheißt somit ein Fest, welches der Wichtigkeit des großen Ereignisses entsprechen wird.

Die Fenierpanik steht in vollster Blüthe: erst in voriger Woche sollte die Kaserne in Windsor in die Luft gesprengt werden, und jetzt heißt es schon wieder, daß Anschläge auf die Kasernen zu Woolwich und Vimerid und das Rathhaus zu Glasgow im Werke sind. Unbegreiflich wie diese Gerüchte auch sein mögen, so lassen sie doch die Behörden kaum zu Athem kommen, denn sobald ein falscher Alarm vorüber ist, taucht schon ein anderer wieder auf, wohl der beste Beweis, daß man es hier mit systematischen Unruhestiftern zu thun hat, denen man womöglich auf die Spur zu kommen suchen und nöthigenfalls gehörig auf die Finger klopfen sollte.

Die inneren Verhältnisse des Czarenreiches bieten nach wie vor ein sehr trübes Bild dar. Zwar verhalten sich die Nihilisten jetzt ruhig, vielleicht weil sie glauben, daß ihre Zeit jetzt noch nicht gekommen sei, d. h. die Zeit zu einem neuen Hauptschlage, dagegen sind die Judenverfolgungen im südlichen und westlichen Rußland in allgemeine Raub- und Plünderungszüge ausgeartet. Alle Besitzenden, Christen wie Juden, Kaufleute wie Grundherren sind gleichmäßig von einem wüsten Pöbel, der alle Schranken staatlicher Ordnung durchbricht, bedroht. Außerst charakteristisch sind die Vorgänge in Baltia. Nachdem hier von trunkenen Pöbelhaufen die Juden mißhandelt und ihres Eigenthums beraubt worden waren, welchen empörenden Vorgängen die Polizei- und Militärorgane müßig zugehört hatten, wurden auch die Polizisten vom Volke furchtbar durchgeprügelt, hierauf stuzte man den Popen Haar und Bart (die größte Schmach für einen russischen Geistlichen) und zwang sie zu lächerlichen Komödien in den Kirchen, und was dergleichen Szenen mehr sind. Wohin sollen solche Zustände führen?

Waterländisches.

— Nach einer vom 27. April datirten Verordnung des kgl. sächs. Ministeriums des Innern ist für den 7. Wahlkreis, welcher die Bezirke der ehemaligen Gerichtsämter Meißen, Großenhain, Riesa und Lomnawitz umfaßt, der 22. Mai als Wahltag für einen Reichstagsabgeordneten an Stelle des Prof. Richter-Tharandt, welcher das ihm übertragene Amt niedergelegt hat, festgesetzt und Amtshauptmann v. Basse in Meißen zum Wahlkommissar ernannt worden.

— Der Gewerbeverein zu Meißen hat beim Vorort des sächsischen Gewerbe- und Handwerkervereins-Verband, Bittau, beantragt, über die Frage des Reichstabakmonopols die Auslassung der sächsischen, sowie thunlichst der außersächsischen Gewerbevereine herbeizuführen und die Resultate zur Kenntniß der Staats- bez. der Reichsregierung zu bringen. Der Antragsteller sieht in der beabsichtigten Einführung des Tabakmonopols eine Schädigung und Beeinträchtigung der freien Entwicklung des Gewerbes und der Industrie; er beklagt die jahrelange Benurthigung der Tabakindustrie, welche eine Million Deutsche mittel- oder unmittelbar ernährt, und erklärt sich entschieden gegen die Einführung des Monopols. Die meisten sächsischen Gewerbevereine haben ihre Zustimmung zu diesem entschiedenen Beschlusse erklärt und der Gewerbeverein zu Bittau im Besonderen hat folgende Erklärung abgegeben und im Verbandsorgane, der sächsischen Gewerbevereinszeitung, zum Abdruck bringen lassen: Die sächsischen Gewerbe- und Handwerkervereine erklären sich mit Entschiedenheit gegen die Einführung des Tabakmonopols, weil sie einen sehr bedeutenden Industriezweig zu Grunde richten, die Erwerbslosigkeit vieler tausend Arbeiter, den Ruin einer sehr großen Zahl von Familien, eine schwere Schädigung des überreichlichen Handels zur Folge haben würde. Da die in der Monopolvorlage beabsichtigte Entschädigung der Interessenten eine auch nur annähernd gerechte nicht ist, so würde damit ein gewaltthätiger Eingriff in wohlverworbene Rechte, zugleich eine Verletzung der gesetzlich gewährleisteten Gewerbefreiheit verübt. Die Unterzeich-